

Krisenerprobt – die FDP vor der Bundestagswahl

Immeke Breunig



Immeke Breunig.
Staatsexamenskandidatin mit der Fächerverbindung Englisch/Sozialkunde an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Bereits kurz nach ihrem phänomenalen Wahlergebnis bei der Bundestagswahl 2009 schien sich die Freie Demokratische Partei in einem kontinuierlichen Abwärtstrend zu befinden, der sie immer tiefer in eine Krise führte. In weniger als einem Jahr büßte sie dramatisch an Ansehen und Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung ein, verlor dann eine Landtagswahl nach der anderen und musste schließlich auch einen deutlichen Mitgliederrückgang verzeichnen. Dabei handelte es sich nicht um die erste große Krise, die die FDP zu überwinden hatte. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass die Liberalen seit ihrer Gründung 1948 schon mehrfach essenziell in ihrer Existenz bedroht waren. Obwohl ihr wiederholt das Totenglöckchen geläutet wurde, hat die FDP jedoch immer einen Weg gefunden, um ihr parlamentarisches Überleben zu sichern und wieder zu einem bedeutenden Akteur im bundesdeutschen Parteiensystem zu werden.

Vier große Krisen der FDP

Ende der sechziger Jahre geriet die FDP in ihre erste große Krise, die durch die programmatische Umorien-

terung der Partei auf einen linksbürgerlichen Kurs ausgelöst worden war. Der neue Kurs hatte sich im Zuge der gesellschaftlichen Reformeuphorie und der Forderung nach einer neuen Ostpolitik ab Mitte der sechziger Jahre angebahnt und gipfelte im Jahr 1969 in der Bildung der ersten sozial-liberalen¹ Regierungskoalition. Der Weg dorthin war jedoch durch einen schweren parteiinternen Richtungsstreit zwischen dem sozialliberalen und dem national-liberalen Flügel geprägt. Die auseinanderdriftenden Parteiflügel zerrissen die FDP dabei zunehmend von innen, und als nach der Bundestagswahl 1969 das Bündnis aus SPD und FDP endgültig feststand, verließen viele der national-liberal gesinnten Gegner des neuen Kurses die Partei.

Ganz ähnlich gestaltete sich die Situation der FDP Anfang der achtziger Jahre. Als in Anbetracht der Frage, wie mit der prekären Wirtschaftslage umgegangen werden sollte, die programmatischen Gemeinsamkeiten zwischen den Koalitionspartnern SPD und FDP abnahmen, wurden in der FDP zunehmend kritische Stimmen laut, die einen verstärkt marktwirtschaftlichen Kurs der Partei forderten (vgl. Lösche/Walter 1996: 93). Wie schon in den sech-

ziger Jahren führte der Riss, der damit durch die Partei ging, zu einem schweren programmatischen Richtungsstreit zwischen dem sozialliberalen und dem wirtschaftsliberalen Parteiflügel, der die FDP in eine tiefe Krise stürzte. Als 1982 die politische Wende zurück zur Union eingeleitet wurde, kam es wieder zu einer massiven Austrittswelle aus der Partei. Damit hatte der programmatische Richtungswechsel die Liberalen sowohl 1969 als auch 1982 aufgrund der parteiinternen Flügelkämpfe und ihrer Konsequenzen in existenzielle Gefahr gebracht.

Im Unterschied dazu zeichnete sich die Krise der Freien Demokraten Mitte der neunziger Jahre – genau wie jene nach 2009 – nicht durch eine programmatische Neuorientierung, sondern durch partei- und koalitionsinterne Probleme aus. Anhaltende Personaldebatten an der Führungsspitze, eine auf neoliberale Wirtschafts- und Steuerpolitik reduzierte Programmatik sowie mangelnde Eigenständigkeit und Durchsetzungskraft gegenüber dem größeren Koalitionspartner prägten das Bild der Partei. Die Auswirkungen bekam die FDP im Laufe der neunziger Jahre durch einen massiven Rückgang der Mitgliederzahlen zu spüren. Ähnlich erging es ihr in der Krise nach 2009, als es zu einer vergleichbar drastischen Rückentwicklung der Parteimitgliedschaften kam. Die Situation gestaltete sich jedoch deshalb besonders dramatisch, weil auf das beste Bundestagswahlergebnis in ihrer Geschichte ein tiefer Absturz folgte. Ursache für die Entstehung der Krise war zum einen die monothematische Verengung der Partei auf die Steuerpolitik und die daraus resultierenden koalitionsinternen Konflikte sowie zum anderen die monopersonelle Ausrichtung auf den ehemaligen Parteivorsitzenden Westerwelle (vgl. Niedermayer 2012: 244ff.). Hinzu kam der fortschreitende Bedeutungsverlust der Liberalen innerhalb des Regierungsbündnisses auf-

grund ihres eingeschränkten Durchsetzungsvermögens sowie der teils radikalen Politikwenden von Kanzlerin Merkel. Das aufgebauschte Medieninteresse am demoskopischen Abschwing und den anhaltenden Personaldiskussionen tat ihr Übriges, um die Partei immer tiefer in die Krise zu stürzen.

Neben dem signifikanten Rückgang der Parteimitgliedschaften sind alle vier Krisenphasen der FDP zudem durch auffallend schlechte Wahlergebnisse auf Bundes- und Landesebene gekennzeichnet. Besonders stark wirkten sich die Folgen der Krisen auf das Abschneiden der FDP bei den Landtagswahlen und auf ihre Repräsentanz in den Landesparlamenten aus. Damit einhergehend sank auch die Zahl der Regierungsbeteiligungen der FDP in den Bundesländern markant. Bei den Bundestagswahlen schafften die Liberalen zwar immer knapp den Wiedereinzug in den Bundestag, doch war dies jeweils zu einem nicht unbedeutenden Teil den Leihstimmenkampagnen des künftigen Koalitionspartners zu verdanken. Ein Vergleich der Erst- und Zweitstimmenanteile zeigt, dass die Zweitstimmen der Koalitionswähler den Freien Demokraten das parlamentarische Überleben gesichert haben, ohne die die Partei bei allen Krisen – außer 2009 – jeweils unter die Fünfprozenthürde gefallen wäre.

Hinsichtlich der Veränderungen im Wählermilieu gibt es deutliche Unterschiede zwischen den vier Krisen. Anders als bei der Krise der FDP in den neunziger Jahren und nach 2009, als die Partei aufgrund ihres neoliberalen Kurses vor allem mittelständische Unternehmer ansprach, war es Ende der sechziger und Anfang der achtziger Jahre zu regelrechten Umstrukturierungen der FDP-Wählerschaft gekommen. Durch die programmatischen Richtungswenden hatten die Liberalen dabei ihre jeweilige Stammwählerschaft verloren, sodass sie sich ein neues Wählerpotenzial erschließen mussten.

Bei der Frage, welche Systemfunktionen die FDP im Parteiensystem zum Zeitpunkt der vier Krisen jeweils innehatte, ergibt ein Vergleich eine Anzahl von Ähnlichkeiten einerseits zwischen den Krisen Ende der sechziger und Anfang der achtziger Jahre sowie andererseits zwischen der Krise in den neunziger Jahren und jener nach 2009. Im Dreiparteiensystem der sechziger und siebziger Jahre hatte die FDP eine Monopolstellung als Mehrheitsbeschafferin für eine der beiden Großparteien inne. Abgesehen von einer Großen Koalition war daher nur mit der FDP ein Machtwechsel an der Regierung möglich. Auch im Vierparteiensystem der achtziger Jahre fungierte die FDP als Mehrheitsbeschafferin, da die Partei der Grünen lange nicht als regierungsfähig galt. Der hohe Leihstimmenanteil von CDU-nahen Wählern bei der Bundestagswahl 1983 lässt ferner darauf schließen, dass die FDP als Koalitionspartei gewählt wurde. Sowohl in der Regierungskoalition nach 1969 als auch nach 1982/83 hatte die FDP außerdem die Funktion eines liberalen Korrektivs zum größeren Bündnispartner inne, wodurch eine gewisse politische Kontinuität gewährleistet war. Im Fünfparteiensystem ab den neunziger Jahren gestaltete sich die Situation etwas anders. Mit der Entstehung eines regierungsfähigen rot-grünen Lagers konnte die FDP zwar noch immer als Mehrheitsbeschafferin fungieren, jedoch nur noch für die Union. Auch bei den Bundestagswahlen der neunziger Jahre sowie 2009 wurde die FDP wieder eindeutig als Koalitionspartei gewählt. Anders als 1969 und 1983 konnte sie dabei jedoch aufgrund ihrer geringen Durchsetzungsfähigkeit gegenüber dem größeren Koalitionspartner

weder als liberales Korrektiv fungieren noch zur Wahrung politischer Kontinuität beitragen. Die verschiedenen Funktionsargumente haben in der Geschichte der FDP eine wichtige Rolle gespielt. Verbunden mit einer eindeutigen Koalitionsaussage im Wahlkampf stellten sie ein bedeutendes Wahlmotiv für die an einer bestimmten Bündnisoption interessierten Koalitionswähler dar und haben durch die dadurch erfolgte Leihstimmenwerbung regelmäßig zur Existenzsicherung der Partei beigetragen.

Neben der Betonung ihres Funktionscharakters und der damit einhergehenden offensiven Werbung um Leihstimmen haben weitere Strategien zur Bewältigung der verschiedenen Krisen beigetragen. Sowohl Ende der sechziger als auch Anfang der achtziger Jahre hatte die FDP durch ihre jeweilige programmatische Umorientierung ein neues Wählerpotenzial für sich erschließen können, welches ihr in den darauffolgenden Bundestagswahlen jeweils zu einem soliden Ergebnis verhalf. Auch ein Austausch des Führungspersonals an der Parteispitze hatte sich bisher positiv auf die Überwindung der Krise ausgewirkt. Einige dieser Krisenbewältigungsstrategien waren auch nach 2009 angewandt worden, blieben bislang jedoch größtenteils erfolglos. Um einen Weg aus ihrer momentanen Krise finden zu können, wird die FDP sowohl ihre langfristige programmatische Ausrichtung, ihre thematische Schwerpunktsetzung als auch ihr Verhältnis innerhalb der aktuellen Regierungskoalition überdenken müssen. Einen ersten Schritt hat die Partei unter Umständen bereits getan, als sie auf dem Bundesparteitag im März 2013 ihre neue Parteispitze wählte.

Typologie der Krisen

Krise der FDP Merkmale der Krise	Ende der sechziger Jahre	Anfang der achtziger Jahre	Mitte der neunziger Jahre	Nach 2009
Ursachen der Krise	<ul style="list-style-type: none"> - Programmatischer Richtungsstreit zwischen sozialliberalem und nationalliberalem Parteiflügel, - Strategie der koalitionspolitischen „Offenheit nach allen Seiten“ der Parteiführung, - Personaldiskussionen 	<ul style="list-style-type: none"> - Koalitionsinterne Konflikte zwischen SPD + FDP, - Verzögerung des Bruchs der SPD/FDP-Koalition 1980, - Programmatischer Richtungsstreit: innerparteiliche Fraktionierung zwischen wirtschaftsliberalem und sozialliberalem Parteiflügel 	<ul style="list-style-type: none"> - Innerparteiliche Personalquerelen, - Inhaltliche Orientierungskrise, - Verlust an Eigenständigkeit und Durchsetzungsfähigkeit gegenüber der Union, - Reduktion zur Funktionspartei, - Wechsel in die Opposition 1998 	<ul style="list-style-type: none"> - Monothematische Ausrichtung, - Personelle Verengung, - Marginale Durchsetzungskraft gegenüber der Union, - Medieninteresse an demoskopischem Abschwung der FDP, - Keine thematische und programmatische Neupositionierung
Programma- tische Ver- änderungen	Linksbürgerlicher Kurs ab 1967 (Hannover), Verankerung in den <i>Freiburger Thesen</i> 1971	Wirtschaftsliberaler Kurs seit <i>Kieler Thesen</i> 1977	Verstärkt neoliberale Ausrichtung, Neues Grundsatzprogramm: <i>Wiesbadener Grundsätze</i> 1997	Wirtschaftsliberale Position im bürgerlichen Lager, Positionierung als „Kraft der bürgerlichen Mitte“ seit Parteitag 2012 (<i>Karlsruher Freiheitsthesen</i>)
Bundestags- wahlergeb- nisse und Wahlbetei- ligung	1969: 5,8 % Wahlbeteiligung: 86,7 %	1983: 7,0 % Wahlbeteiligung: 89,1 %	1994: 6,9 % 1998: 6,2 % Wahlbeteiligung: 1994: 79,0 % 1998: 82,2 %	2009: 14,6 % Wahlbeteiligung: 70,8 %
Anteil der Erststimmen und Diffe- renz zum Zweitstim- menanteil (Bundes- tagswahl- ergebnis)	1969: Erststimme: 4,8 % Differenz: -1,0 %	1983: Erststimme: 2,8 % Differenz: -4,2 %	1994: Erststimme: 3,3 % Differenz: -3,6 % 1998: Erststimme: 3,0 % Differenz: -3,2 %	2009: Erststimme: 9,4 % Differenz: -5,2 %
Landtags- wahlen: Entwicklung der Wahler- gebnisse und Reprä- sentanz in den Landes- parlamenten	Deutliche Verluste an Wählerstimmen, aber Scheitern an Sperrklausel als Ausnahme 1969: in 10 von 11 Landtagen 1971: in 8 von 11 Landtagen	Signifikante Verluste an Wählerstimmen ab 1978 1980: in 8 von 11 Landtagen 1982: in 7 von 11 Landtagen 1983: in 5 von 11 Landtagen	Ungebremste Talfahrt ab 1993/94 1990: in 15 von 16 Landtagen 1995: in 4 von 16 Landtagen 1998: in 4 von 16 Landtagen	Signifikante Verluste an Wählerstimmen, vor allem im Superwahljahr 2011 2009: in 15 von 16 Landtagen 2013: in 9 von 16 Landtagen
Beteiligung an Landes- regierungen	1969: 5 von 11 1971: 2 von 11	1980: 3 von 11 1982: 1 von 11 1983: 2 von 11	1990: 6 von 16 1995: 1 von 16 1998: 2 von 16	2009: 8 von 16 2013: 3 von 16

Krise der FDP Merkmale der Krise	Ende der sechziger Jahre	Anfang der achtziger Jahre	Mitte der neunziger Jahre	Nach 2009
Mitgliederbestand und -entwicklung (Bundespartei)	Bestand: 1969: 58.700 1971: 53.300 Mitgliederrückgang: 5.500	Bestand: 1981: 86.900 1983: 71.600 1985: 65.800 Mitgliederrückgang: 21.100	Bestand: 1990: 168.217 1998: 67.897 Mitgliederrückgang: 100.320	Bestand: 2009: 72.116 2013: 59.000 Mitgliederrückgang: 13.116
Veränderungen in der Wählerschaft	Verlust des bürgerlichen, protestantischen Mittelstands als Stammwählerschaft, Neu: links- und sozialliberales Wählermilieu	Verlust des linksliberalen Wählerpotenzials, Neues Wählermilieu: bürgerlich-gebildeter Mittelstand	Fokus auf leistungsorientierte Aufsteiger aus Mittelschicht (sog. Besserverdienende“)	FDP steht in erhöhter Konkurrenz um klassisch liberales Wählermilieu der mittelständischen Unternehmer und des Bürgertums
FDP in der Demoskopie (Zustimmung der Bevölkerung)	1960: 11 % 1962: 7 % 1969: unter 5 %	Ende 1982: 2,3 % Mitte 1984: „Nullpunkt“	Anfang 1991: 11% Mitte 1995: 2 % Mitte 1998: 5 %	Mitte 2009: 16 % Anfang 2012: 2 % Anfang 2013: 4-5 %
Funktionen der FDP im Parteiensystem	– Mehrheitsbeschaffung für Regierungsbildung, – Koalition der Mitte: liberales Korrektiv in der Wirtschaftspolitik ab 1970er, – Kontinuitätswahrung	– Mehrheitsbeschaffung für Regierungsbildung, – Koalitionspartei, – Koalition der Mitte: liberales Korrektiv in der Außen-, Wirtschafts- und Innenpolitik in konservativ-liberaler Koalition, – Kontinuitätswahrung	– Mehrheitsbeschaffung für Regierungsbildung, – Koalitionspartei, – Reduktion zur stimmtechnischen Mehrheitsbeschaffung im Bundestag für die Politik der Union, – keine Korrektivfunktion aufgrund mangelnder Eigenständigkeit	– Mehrheitsbeschaffung und Koalitionsfunktion beschränkt auf bürgerliches Lager, – Keine Korrektivfunktion (aufgrund geringer Durchsetzungskraft gegenüber Union), – Keine Kontinuitätswahrung (weil bis 2009 in Opposition)
Gesellschaftspolitische Ereignisse in Deutschland	– Gesellschaftliche Reformeuphorie in den sechziger Jahren, – Konjunkturschwäche	– Terrorismusbekämpfung, – Bekämpfung der Wirtschaftskrise, – Einzug der Grünen in den Bundestag	– Deutsche Wiedervereinigung und ihre politischen und gesellschaftlichen Folgen, – Arbeitslosigkeit	– Wirtschafts-, Finanz-, Euro- und Schuldenkrise, – Energiewende durch Atomkatastrophe in Fukushima
Krisenbewältigungsstrategien	– Austausch der Parteiführung, – Strategie des Stimmensplittings, – Koalitionsaussage zugunsten der SPD erst 1972, – Inhaltliche Neupositionierung: sozialliberale Ausrichtung	– Austausch der Parteiführung, – Strategie des Stimmensplittings, – Funktionscharakter im Wahlkampf betont, – Koalitionsaussage zugunsten der Union 1983, – Inhaltliche Neupositionierung: wirtschaftsliberale Ausrichtung	– Austausch der Parteiführung, – Strategie des Stimmensplittings, – Klare Koalitionsaussagen zugunsten der Union	– Austausch der Parteiführung, – Klare Koalitionsaussagen in Landtagswahlkämpfen, – Zweitstimmenkampagnen in Bundes- und Landtagswahlen

Zukunftschancen der FDP

Auf dem Bundesparteitag der FDP im März 2013 wurde das neue Führungsduo Rösler/Brüderle bestätigt, das die Partei in den kommenden Monaten wirkungsvoll in den Wahlkampf führen soll. Mit Lindner, einem der wenigen erfolgreichen FDP-Landespolitiker des letzten Jahres, wurde außerdem eine charismatische und zukunftssträchtige Führungskraft in den Parteivorstand gewählt, die einen wichtigen Beitrag dazu leisten kann, das Erscheinungsbild der Partei in den nächsten Jahren – eventuell sogar als zukünftiger Parteivorsitzender – zu verbessern. Die Truppe junger Parteifunktionäre, die nach Westerwelles Ablösung im Mai 2011 als die neuen Hoffnungsträger der Partei gehandelt wurde, schrumpfte durch den Sieg Kubickis gegenüber Niebel und Bahr bei der Wahl zum Präsidiumsbeisitzer stark zusammen. Da Niebel und Bahr lediglich Kraft ihres Amtes als Bundesminister Mitglied im Präsidium sind, bleiben von dem einstigen Hoffnungsstrupp nur Rösler, Lindner und Döring als gewählte Mitglieder an der Parteispitze übrig. Dagegen stehen die alten Kader der FDP – neben Brüderle auch Westerwelle, Solms und Leutheusser-Schnarrenberger – in der Partei noch immer weit vorne und verdecken damit den Blick auf neue personelle wie thematische Perspektiven (vgl. Dittberner 2012: 105). Ein radikaler personeller Erneuerungsprozess ist bisher allerdings nicht in Sicht und so wird die FDP sich und den Wählern beweisen müssen, dass sie mit der derzeitigen Personal constellation in der Lage ist, die Partei aus ihrer Krise herauszuführen und eine Bundestagswahl zu gewinnen. Röslers angeschlagener Ruf zeigt jedoch, dass unter der Oberfläche weiterhin Konfliktpotenzial schlummert, welches durch das robuste Ergebnis seiner Wiederwahl als Parteivorsitzender unter Umständen nur kurzfristig retuschiert wurde.

Wenn sich die FDP für die Bundestagswahl 2013 eine wirkliche Chance einräumen möchte, wird sie ihr Verhältnis zu den Koalitionspartnern CDU/CSU überdenken müssen. Anstatt zu polarisieren, muss sie ihre Regierungsfähigkeit unter Beweis stellen, indem sie ihre Bereitschaft zu pragmatischem und kompromissbareitem Handeln signalisiert. Diese Notwendigkeit hat die Parteiführung kürzlich erkannt. Erste Anzeichen eines Wandels finden sich in der Haltung der FDP zu jenen Themen, welche die Politik und Gesellschaft aktuell bewegen. Sei es in der Diskussion um die Einführung einer Lohnuntergrenze, die Regulierung von Banker-Boni oder im Kampf gegen die hohen Strompreise, die FDP gibt sich flexibel und kompromissbereit. Anstatt Steuersenkung – der primären Wahlkampfparole von 2009 – steht nun die Konsolidierung der Haushalte im Vordergrund. Und auch in gesellschaftspolitischen Fragen setzt die FDP mit der Forderung nach der doppelten Staatsbürgerschaft, der Gleichstellung der Homo-Ehe und nach mehr Kinderbetreuungsmöglichkeiten statt Betreuungsgeld auf einen Kurs, welcher der von Rösler beschworenen „Lebenswirklichkeit“ gerecht werden soll. Die FDP-Führung scheint zu dem Schluss gekommen zu sein, dass eine reine Abgrenzung zur Konkurrenz nicht zur Existenzsicherung genügt, sondern dass sie an den gesellschaftlichen Debatten teilhaben muss. Und es scheint, als habe sie verstanden, dass Liberalismus mehr sein kann und muss als Wirtschaftsliberalismus, wenn die Partei auf lange Sicht im Parteiensystem vertreten bleiben möchte. Die neue Schwerpunktsetzung im Wahlprogramm deutet darauf hin, dass die FDP hofft, ihr Image einer kalten Klientel- und Reichenpartei loszuwerden. Von ihrer thematischen Aufstellung im Wahlprogramm sowie von ihrer Kompromissbereitschaft innerhalb der Regierungskoalition wird das Bild abhän-

gen, das die FDP in den Monaten vor der Bundestagswahl dem Wähler übermittelt. Sie wird dabei eine Balance zwischen Koalitionsloyalität und Selbstprofilierung finden müssen (vgl. Schubert 2010: 255).

Für eine langfristig gesicherte Zukunft reicht koalitionspolitische Kompromissbereitschaft allein jedoch vermutlich nicht aus. Die FDP wird sich weiter damit auseinandersetzen müssen, welche Inhalte und Themenfelder sie besetzen möchte, die sowohl zeitgemäß als auch von gesamtgesellschaftlichem Interesse sind. Sie darf dabei auch ihren Charakter als Funktionspartei nicht außer Acht lassen, der in der Vergangenheit immer wieder zur Absicherung ihrer Existenz beigetragen hatte. Doch allein dadurch, dass sie der Union zur Macht verhilft und im Gegenzug von deren Leihstimmen profitiert, kann keine Partei ihr Überleben auf lange Sicht hin sichern. Die FDP braucht also Inhalte, ein überzeugendes Profil und charismatische Köpfe, wie beispielsweise den neu gewählten Parteivize Lindner, die ihre Politik transportieren und eine breitere Wählerschicht ansprechen können. Die FDP wird daher weder als reine Programmpartei noch als reine Funktionspartei ihre Existenz im Parteiensystem sichern können, sondern nur in Form einer „programmatisch ... ambitionierte[n] Funktionspartei“ (Dittberner 2010: 27), die sich auf bestimmten, gesellschaftspolitisch relevanten Themenfeldern profiliert.

Von besonderer Bedeutung könnte eine intensive Auseinandersetzung mit den Themen Europa und europäische Integration sein, die vor dem Hintergrund der Staatsschuldenkrise an politischer Brisanz gewonnen haben. Die FDP darf dabei nicht zu einer Anti-Europa-Partei werden, sondern sollte ihren pro-europäischen Kurs der Genscher-Ära weiterführen (vgl. Jesse/Sturm 2012: 440) und neue Ideen für den Aufbau Europas entwickeln.

Auch die Auseinandersetzung mit der Idee einer liberalen Bürgergesellschaft und der Frage, was liberale Sozialpolitik beinhaltet, zählt zu den großen Zukunftsthemen der FDP. Wird die FDP versuchen, Antworten auf die Fragen nach finanzierbarer Sicherheit und Bildung sowie nach Gerechtigkeit und Bürgerrechten zu finden, so kann sie einen modernen politischen Liberalismus für sich entdecken, der über die ökonomische Fokussierung der vergangenen Jahrzehnte hinausgeht. Dann wäre „der Liberalismus [nicht mehr] aus der FDP ausgewandert“ (Prantl 5.1.2013), sondern könnte der Partei eine neue Perspektive für die Zukunft eröffnen.

Mit einer inhaltlichen Neuformierung geht die Frage nach der Position einher, welche die FDP im deutschen Parteiensystem einnehmen möchte und mit der sie die Wähler – vor allem die klassisch liberale Kernklientel – wieder zu überzeugen vermag. In ihrer Tradition als bürgerliche Partei der Mitte bietet sich für die FDP dabei eine „eindeutig wirtschaftsliberale und gemäßigt wertkonservative“ Position an (Niedermayer 2012: 248), deren Vorteil zum einen in der programmatischen Nähe zu ihrer bisherigen Ausrichtung liegt und zum anderen darin, dass diese Position im deutschen Parteienspektrum noch nicht besetzt ist. Die Positionierung der FDP als „Kraft der bürgerlichen Mitte“, die im neuen Grundsatzzprogramm auf dem Parteitag in Karlsruhe 2012 festgehalten wurde, könnte ein erster Schritt in diese Richtung sein, wenn es den Liberalen gelingt, eine überzeugende Themenbesetzung und Programmarbeit zu leisten. Doch eine inhaltliche und programmatische Neuformierung benötigt Zeit. Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 könnte die FDP sich noch einmal als Funktionspartei für ein Zweier- oder sogar für ein lagerübergreifendes Dreierbündnis anbieten und dadurch Zeit für ihre Regeneration gewinnen, um

sich dem Wähler langfristig dann als moderne Europa- und Bürgerpartei zu empfehlen (Dittberner 2012: 106).

Anmerkungen

- 1 Die Schreibweise „sozial-liberal“ wird für die Phase der SPD/FDP-Koalition auf Bundesebene verwendet, während die Schreibweise „sozialliberal“ den Reform- und Wandlungsprozessen der FDP Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre vorbehalten ist.

Literatur

- Dittberner, Jürgen (2010): Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Dittberner, Jürgen (2012): *Der programmierte Abstieg? Perspektiven der FDP*. In: Jesse, Eckhard & Sturm, Roland (Hg.): „Superwahljahr“ 2011 und die Folgen. Baden-Baden: Nomos, 89-108.
- Jesse, Eckhard/Sturm, Roland (2012): *An den Grenzen des traditionellen Parteienwettbewerbs? Ein Ausblick auf das Wahljahr 2013*. In: Jesse, Eckhard & Sturm, Roland: „Superwahljahr“ 2011 und die Folgen. Baden-Baden: Nomos, 435-52.
- Lösche, Peter/Walter, Franz (1996): *Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftszweifel*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Niedermayer, Oskar (2012): *Feste Verankerung des Fünfparteiensystems? Änderungen nach 2009 und Perspektiven 2013*. In: Jesse, Eckhard & Sturm, Roland (Hg.): „Superwahljahr“ 2011 und die Folgen. Baden-Baden: Nomos, 235-56.
- Prantl, Heribert (5.1.2013): *Dreikönigstreffen. Der Liberalismus ist aus der FDP ausgewandert*. In: Süddeutsche.de. <http://www.sueddeutsche.de/politik/vor-dem-dreikoenigstreffen-der-liberalismus-ist-aus-der-fdp-ausgewandert-1.1565376>, Stand: 13.03.2013.
- Schubert, Thomas (2010): *Kleine Profiteure der Großen Koalition? FDP und Bündnis 90/Die Grünen*. In: Jesse, Eckhard & Sturm, Roland (Hg.): Bilanz der Bundestagswahl 2009. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen. München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, 233-56.